

Landratssession vom 18.05.2020 T 5.2 Moratorium 5G Mobilfunkantennen

Die Corona Krise hat uns deutlich gemacht, dass von der vielfach angepriesenen Digitalisierung wenig oder besser gesagt zu wenig umgesetzt wurde.

- Digitalisierung Schule **verbesserungswürdig !**
- Digitalisierung Berufsbildung **verbesserungswürdig !**
- Digitalisierung Gesundheitswesen **verbesserungswürdig !**
- Digitalisierung Verwaltung und Parlament **verbesserungswürdig !**

um nur einige Themenfelder anzusprechen und den aktuellen Stand der Digitalisierung „diplomatisch“ festzuhalten. Es besteht noch Potential nach oben!

Für die Schweiz ist die Einführung der 5G-Technologie zentral, um mit der technologischen Entwicklung mithalten und das Potenzial der Digitalisierung nutzen zu können.

Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass die Schweiz zunehmend unter Druck gerät: Viele Länder haben die Bedeutung von 5G als Innovationstreiber und Standortfaktor erkannt. Die Einführung in Europa, Asien und Nordamerika ist in vollem Gange und wird von der Politik aktiv gefördert.

Es ist die Aufgabe der bürgerlichen Politik den Anschluss an die Digitalisierung mit der 5G Technologie sicherzustellen.

Die äusserst strikten Vorschriften in der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV) sind mit Augenmass auszugestalten. Die Grenzwerte der Schweiz liegen massiv unterhalb den Höchstwerten der EU und der WHO. Die Alternative zu einer moderaten Erhöhung wäre der Bau tausender neuer Antennen im ganzen Land.

Eine Analyse der Referenzstudien der wichtigsten Institutionen¹ zum Thema Strahlung und Gesundheit zeigt deutlich, dass bis heute keine gesundheitlichen Schäden und Risiken unterhalb der WHO-Grenzwerte nachgewiesen werden konnten.

5G ist mehr als ein schnelleres 4G; es ist die Basistechnologie für die digitale Transformation.

Wenn wir die digitale Transformation vorantreiben wollen, müssen wir auch die Basis der dafür notwendigen Technologien schaffen.

Ohne leistungsfähige Mobilfunkinfrastruktur keine Digitalisierung

Aktuell sind die Netze in den Schweizer Städten zu 90 % ausgelastet. 2/3 aller Antennenstandorte können nicht mehr ausgebaut werden. Gleichzeitig wird die Gesellschaft immer vernetzter und mobiler; die genutzte Datenmenge steigt rasant an. Deshalb drängt der Ausbau, denn die Schweiz ist auf eine leistungsfähigere Mobilfunkinfrastruktur angewiesen.

5G ist ein wesentlicher Standortfaktor

5G bietet neue, heute zum Teil noch undenkbare Möglichkeiten und Anwendungen in zahlreichen Bereichen: Beispielsweise im Tourismus, in der Industrie oder im Detailhandel. Viele Länder haben das Potenzial von 5G erkannt und treiben diese Technologie vorwärts.

Gesundheitliche Bedenken ernst nehmen

Über 1400 Forschungsarbeiten in den vergangenen 20 Jahren konnten keine gesundheitlichen Schäden und Risiken unterhalb der WHO-Grenzwerte nachweisen. Trotzdem sind die gesundheitlichen Bedenken und Ängste ernst zu nehmen. Deshalb sind die Grenzwerte unter Berücksichtigung der Studien, Erfahrungen und Grenzwerten im Ausland festzulegen.

Neue Produkte und Dienstleistungen revolutionieren den Markt, bestehende Angebote verändern sich und neue Konsumentenbedürfnisse entstehen. Bereits ein Rückstand von 3 bis 4 Jahren wäre schwierig aufzuholen. Wird 5G durch ungeeignete Rahmenbedingungen ausgebremst, wird die Schweiz den Anschluss zu verlieren.

5G ist die Hardwarelösung um politische Handlungsfelder auch in der Praxis umsetzen zu können und so unsere Gesellschaft in ihren verschiedenen Formen weiterzuentwickeln.

- Verkehrspolitik
 - Umweltschutz
 - Bekämpfung von Seuchen und Pandemien
- u.s.w

Die Anbieter, die Technologie und die Wirtschaft mit zahlreichen innovativen Ideen sind in den Startlöchern. Der Datenhunger der Bevölkerung wächst. Nun liegt es an der Politik, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Kollaps der Mobilfunkinfrastruktur zu vermeiden und die baldmögliche Einführung von 5G zu ermöglichen.

Ludwig Loretz, Landrat FDP



Andermatt, Mai 2020

¹ WHO, EU, International Commission on non-ionizing radiation protection, Deutsches Bundesamt für Strahlenschutz und Bundesamt für Umwelt